

Zu Frage 44:

Antwort Nr. 44 des Niedersächsischen Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr auf die Kleine Anfrage zur mündlichen Beantwortung d. Abgeordneten Miriam Staudte, Enno Hagenah und Filiz Polat (GRÜNE)

„Finanzielle Engpässe bei den Jugendwerkstätten“

Das Programm Jugendwerkstätten stellt eines der größten niedersächsischen Förderprogramme aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) dar. Die Träger der maximal dreijährigen Projekte sind verpflichtet, jeweils zwei Monate nach Ablauf eines Haushaltsjahres einen Nachweis über die in diesem Jahr erhaltenen Beträge zu führen, der aus einem Sachbericht und einem zahlenmäßigen Nachweis besteht (Zwischennachweis). Die Auszahlung der Fördermittel erfolgt nach dem Erstattungsprinzip in der Regel vierteljährlich für die getätigten Ausgaben. Hierzu können die Träger quartalsweise zum 1. Februar, 1. Mai, 1. August und 1. November Mittelabrufe bei der NBank einreichen.

Dies vorausgeschickt, beantworte ich die Fragen namens der Landesregierung wie folgt:

Zu 1.:

Zum Stand 13.07.2012 liegen bei der NBank im Programm „Jugendwerkstätten“ insgesamt 108 noch nicht geprüfte Zwischenverwendungsnachweise und 63 noch nicht geprüfte Mittelabrufe vor.

Dies hat verschiedene Gründe:

Erstens ist die Belegprüfung bei diesen Projekten besonders aufwendig. Die NBank hat eine Fülle von Belegen zu prüfen. So sind teilweise 50 Belege für nur 100 Euro Gesamtausgaben zu prüfen. Vor allem die Prüfung der Ausgaben für das Bildungs- und Beratungspersonal der Jugendwerkstätten ist auf Seiten der NBank mit einem besonders großen Arbeitsaufwand verbunden. Im Vergleich zu anderen niedersächsischen ESF-Programmen weisen die personalintensiven Projekte der Jugendwerkstätten einen sehr hohen Ausgabenanteil in diesem Bereich auf. Während jedoch z. B. für indirekte Ausgaben, also kleinteilige Ausgaben für z. B. Büromaterial und Postgebühren, eine Pauschale gilt, müssen die geltend gemachten Personalausgaben konkret überprüft werden. Dies bedeutet bei den Jugendwerkstätten angesichts der hohen Anzahl von Beschäftigten und des großen Anteils an Teilzeitbeschäftigten einen erheblichen Prüfaufwand für die NBank. Entsprechend zeitintensiv ist in diesen Programmen auch die Prüfung der (Zwischen-)verwendungsnachweise und Mittelabrufe.

Zweitens erhöht sich bei der Prüfung der NBank die Prüftiefe, sofern bei vorangegangenen Mittelabrufen Fehler festgestellt worden sind. Werden Erläuterungen der NBank zu Mittelkürzungen aus dem vorangegangenen Mittelabruf im nächsten Mittelabruf nicht berücksichtigt, steigt also der Anteil der seitens der NBank zu prüfenden Belege.

Entsprechend verzögert sich die Prüfung und damit auch die Auszahlung an die Träger.

Drittens entfiel im Rahmen einer Verfahrensänderung im Dezember 2011 die bisherige Darstellung der ESF-Fördermittel in Jahrestanchen. Diese Veränderung stellt für die Zukunft eine große Erleichterung dar. So müssen für die jahresweise Verschiebung von ESF-Mitteln innerhalb der Projektlaufzeit keine Änderungsanträge mehr gestellt werden. Um diese Verfahrensumstellung zu ermöglichen, wurden zunächst die Zwischennachweise für 2011 geprüft, bevor die Mittelabrufe aus diesem Jahr bedient wurden.

Um die Bedienung der Mittelabrufe zu beschleunigen, hat die ESF-Verwaltungsbehörde gemeinsam mit der NBank ein abgestimmtes Verfahren entwickelt, das eine schnellere Abarbeitung der vorliegenden Mittelabrufe und Zwischennachweise ermöglicht. Demnach wird die Prüfung der in den Zwischennachweisen geltend gemachten Ausgaben vorgezogen. **Infolge des geänderten Verfahrens wird die Abarbeitung der derzeit noch bestehenden Rückstände auf Seiten der NBank wesentlich beschleunigt.**

Die Projektträger Ihrerseits können für die Zukunft zur zügigen Bearbeitung durch die NBank beitragen, indem sie ihre Mittelabrufe jeweils frühzeitig vorlegen.

Zu 2.:

Die in den noch ungeprüften Mittelabrufen und Zwischennachweisen geltend gemachten Erstattungsansprüche werden seitens der NBank bis spätestens Ende September 2012 bedient werden. Fälle, in denen kleinen Projektträgern (z. B. Vereinen oder anderen freien Trägern) ein Liquiditätsengpass droht, werden bei der Prüfung und Auszahlung vorgezogen.

Zu 3.:

Aufgrund von Finanzkorrekturen musste das Verfahren zur Bewertung von Projekterlösen neu geregelt werden.

Dies geschah mit Erlass vom 23.01.2012. Dieser Erlass bezieht sich auf alle Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen und die Erbringung entgeltlicher Dienst- und Werkleistungen der Projektteilnehmer in ESF-Projekten. Bis zum Inkrafttreten des Erlasses wurden die genannten Erlösarten auf die Eigenmittel zur Kofinanzierung der ESF-Förderung angerechnet. Nach dem neuen Verfahren mindern die Erlöse die zuwendungsfähigen Gesamtausgaben des jeweiligen Projekts.

Die Verfahrensänderung gilt für alle zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Erlasses noch nicht verwendungsnachweisgeprüften Projekte. Damit sind unter anderem auch die derzeit laufenden Projekte des Programms „Jugendwerkstätten“ von der Änderung betroffen. Die betroffenen Träger wurden durch die NBank aufgefordert, die Finanzierungspläne für die laufenden ESF-Projekte an die Neuregelung anzupassen.

Finanziell entstand den Trägern aus der Neuregelung kein Nachteil. Die NBank wurde angewiesen, in den Fällen, in denen auf der Grundlage des Erlasses eine Neuberechnung der zuwendungsfähigen Gesamtausgaben vorgenommen werden musste, mit dem entsprechenden Änderungsbescheid an den Träger den ESF-Interventionssatz derart zu erhöhen, dass der Träger durch die Änderung nicht schlechter gestellt wird als nach der bisherigen Regelung.

Die Verfahrensänderung war zwingend erforderlich, und wird auch in anderen Bundesländern in analoger Form praktiziert.